

Antrag zum 59. Bundeskongress

Antrag 311

59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg

Antragsteller: LV NRW

Status: angenommen nicht angenommen verwiesen an _____

Der 59. Bundeskongress möge beschließen:

1 **MOBBING – NEIN DANKE!**

2 Rund jeder sechste 15-jährige Schüler in Deutschland wird laut einer PISA-Studie regelmäßig
3 Opfer von Mobbing im Schulalltag. Wenn es um Mobbing in der digitalen Welt geht, sehen die
4 Zahlen sogar noch dramatischer aus. Zugleich ist es aber durch aus schwierig, präzise zu
5 definieren, was Mobbing überhaupt ist, wo es anfängt, wo es aufhört. Jedes Individuum nimmt
6 Mobbing unterschiedlich wahr. Ganz unabhängig von Debatten, ob es sich in Einzelfällen um
7 Mobbing handelt oder nicht, stellen Junge Liberale fest, dass Mobbing insbesondere für junge
8 Menschen eine große Hürde im Schulalltag, in der persönlichen Entwicklung und in der freien
9 Entfaltung ist. Die Jungen Liberalen wollen sich dieser Herausforderung stellen und Mobbing
10 nicht weiter zum politischen Tabuthema machen. Auch wenn es schwierig und in vielen Fällen
11 auch nicht notwendig ist, gesellschaftliche Phänomene und Verhalten im sozialen Umgang
12 miteinander politisch zu regulieren, ist das Thema des Mobbing zu wichtig, um es politisch zu
13 ignorieren. Wir erwarten nicht, dass Politik das Problem alleine löst, aber wir wollen durch
14 politische Maßnahmen zu mehr Verständnis, mehr Toleranz und zu mehr Solidarität in unserer
15 Gesellschaft aufrufen. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der sich Menschen gegenseitig
16 respektieren und Individuen frei entfalten können. Unser Ziel ist eine liberale Gesellschaft, die
17 Menschen nicht einschränkt und sich nicht einschränken lässt. Wir wollen nicht nur, dass
18 Menschen keine Täter werden oder bleiben, sondern wollen ebenso Opfern das nötige Wissen
19 vermitteln, wie im Falle von Mobbing mit diesem umgegangen werden sollte. Wir wollen Opfer
20 dazu befähigen, sich gegen Mobbing zur Wehr zu setzen, damit wir nicht nur in einer offenen,
21 sondern auch in einer wehrhaften Gesellschaft leben. Mobbing ist eine starke Einschränkung und
22 somit eine große Gefahr für eine liberale Gesellschaft. Wir wollen insbesondere Mobbing im
23 Schulalltag den Kampf ansagen. Schülerinnen und Schüler sollen in der Schule bewusst auf das
24 Thema aufmerksam gemacht werden. Gleichzeitig ist klar, dass auch Lehrkräfte bei der
25 Beendigung und Vermeidung von Mobbingfällen Verantwortung übernehmen müssen.
26 Deswegen fordern wir:

- 27 • In allen Bundesländern sollen Präventionsschulungen und ein geeigneter Umgang mit
28 Mobbing, sowie auch ganz allgemein jegliche Formen der körperlichen und sexuellen
29 Gewalt verstärkt zum festen Bestandteil des Referendariats gemacht werden. In der
30 Lehrerausbildung müssen auch rechtliche Informationen vermittelt werden, damit
31 Lehrkräfte über Möglichkeiten und Konsequenzen aufgeklärt sind.
- 32 • Es soll regelmäßig Fort- und Weiterbildungen für Lehrkräfte geben, die sich zum
33 Mobbing- und Konfliktberater ausbilden lassen können.
- 34 • In jedem Schuljahr soll im ganzen Bundesgebiet eine anonyme Fragebogenerhebung
35 stattfinden. Dabei soll nicht nur erfasst werden, wie Mobbing momentan im Schulalltag
36 verankert ist, sondern auf die Erhebung soll auch im Unterricht sowie auf Elternabenden
37 eingegangen und so ein stärkeres Problembewusstsein erzeugt werden. Ferner sollen

- 38 die Daten bundesweit ausgewertet und ein jährlicher Mobbingbericht veröffentlicht
39 werden.
- 40 • Wir fordern, dass ausreichend Stellen für Schulsozialarbeiter an Schulen geschaffen
41 werden. Schulsozialarbeit ist zu einem unverzichtbaren Angebot geworden. Deswegen
42 darf keine Schule mehr ohne mindestens eine Fachkraft für Schulsozialarbeit aufgestellt
43 sein. Eine qualitativ hochwertige Schulsozialarbeit kann Mobbing verhindern, entlastet
44 Lehrkräfte und erhöht den Standard unserer Schulen deutlich. Keine Schule soll aber
45 deswegen auch nur eine Lehrkraft weniger einstellen müssen. Bis zum Jahr 2021 soll der
46 Bund wieder die Finanzierung für das Bildungs- und Teilhabepaket übernehmen oder
47 eine wesentliche Entlastung bereitstellen. Mittelfristig fordern wir, dass sich die Zahl der
48 Schulsozialarbeiter an Größe und Sozialindex der jeweiligen Schule ausrichten muss.
 - 49 • Schulsozialarbeit braucht ebenfalls feste und hohe Mindeststandards. Sie muss durch gut
50 ausgebildete Fachkräfte erfolgen, die eine abgeschlossene Hochschulausbildung für
51 soziale Arbeit oder Sozialpädagogik oder eine gleichwertige Ausbildung genossen haben.
52 Ebenfalls braucht es auch hier ein regelmäßiges und aktuelles Angebot an Fort- und
53 Weiterbildungen.
 - 54 • Die Länder sollen Schulträger unterstützen, an jeder Schule geschützte und geeignete
55 Räumlichkeiten für die Schulsozialarbeit zur Verfügung stellen zu können.
 - 56 • Darüber hinaus soll es regelmäßig bundesweite Auszeichnungen für Wettbewerbe
57 geben, bei denen Schulen und Klassen für den Einsatz gegen Mobbing und für
58 gegenseitigen Respekt und Zivilcourage ausgezeichnet werden.
 - 59 • Keine Seltenheit sind auch Fälle, in denen Lehrkräfte Schülerinnen oder Schüler mobben
60 oder selbst Opfer von Mobbing werden. Auch solche Zustände, in denen Lehrkräfte
61 unmittelbar beteiligt sind, sollen nicht tabuisiert werden. Die Lehrerschaft, Schulleitungen
62 und Behörden müssen Beschwerden konsequent nachgehen. Rechtliche Möglichkeiten
63 und Sanktionen sind bereits gegeben. Sie müssen nur entsprechend angewandt werden.

64 Die Aufarbeitung von Mobbing durch einen Lehrkörper stößt unabhängig von seiner Schulung in
65 dem Bereich bei Tätern und Opfern oft auf ihre Grenzen. Stehen hingegen ausgebildete
66 Schülerinnen und Schüler höherer Klassen bereit, können diese mit den Betroffenen eine
67 Evaluation ihres Verhaltens aus authentischer Schülerperspektive durchführen. Dabei ist wichtig,
68 dass die Grundpfeiler der Mediation, nämlich die Versöhnung, Wiedergutmachung und die
69 Zusammenarbeit Ziele dessen sind. Wir sehen die Streitschlichtung durch Schülerinnen und
70 Schüler als geeignetes Instrument, Mobbingfälle sinnvoll und nachhaltig aufzuarbeiten. Dadurch
71 senken wir die natürlichen Hemmschwellen hinsichtlich Ehrlichkeit und dem Eingestehen von
72 Fehlern, die Schülerinnen und Schüler Lehrern gegenüber haben. Außerdem wird dadurch die
73 Schulgemeinschaft gestärkt. Deshalb fordern wir:

- 74 • Die Ausbildung von Streitschlichtern an Schulen und in der Schülerschaft soll stärker beworben
75 werden, damit Mobbing aus der Schülerschaft heraus bekämpft werden kann.
- 76 • Die Streitschlichtung soll an weiterführenden Schulen Teil der Schulsozialarbeit werden, wozu
77 vom Schulträger gestellte, zusätzliche Räumlichkeiten notwendig sind.
- 78 • Streitschlichtungsprogramme sollen auch überschulisch in einer Kommune eingerichtet
79 werden, um Ressourcen zu kanalisieren und den Austausch zu fördern.
- 80 • Die Bildungsministerien sollen ein Schulungssystem zur Verfügung stellen, damit an allen
81 Schulen eine vergleichbare Qualität angeboten werden kann.

82 Mit dem Aufstieg von Sozialen Netzwerken und Kommunikation über das Internet hat sich
83 Mobbing in den letzten Jahren auch immer stärker in den digitalen Raum verlagert. Für Junge
84 Liberale ist es deswegen besonders wichtig, dass auch Maßnahmen gegen Cybermobbing
85 ergriffen werden. Wir fordern daher:

- 86 • Polizei und Justiz müssen im Umgang mit Fällen von Cybermobbing sensibilisiert und
87 spezialisiert werden. Entsprechende Inhalte im Netz sind ein Fall für Justizbehörden.
88 Über mögliche Straftatbestände sollten nicht Unternehmen entscheiden. Deswegen
89 lehnen wir Maßnahmen wie das Netzwerkdurchsetzungsgesetz entschieden ab. Vielmehr
90 fordern wir Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Cybermobbing, die mit angemessener
91 technischer Ausstattung konsequent Fälle verfolgen.
- 92 • Handyverbote in Schulen sind keine Lösung. Allerdings ist es dann nur konsequent,
93 Schülerinnen und Schülern verbindliche Verhaltensregeln zum Umgang mit Handys und
94 der Internetnutzung in Schulalltag und Unterricht auf den Weg zu geben. Zu Beginn eines
95 Schuljahres bietet sich deshalb bei Bedarf für jede Klasse eine Einführungsstunde in die
96 Nutzung der technischen und digitalen Möglichkeiten des jeweiligen Schulbetriebs an.
97 Dabei sollen nicht nur Geräte und Software vorgestellt werden, die für das Schuljahr
98 wichtig sind, sondern auch dem Alter entsprechend über Gefahren, Risiken aber auch
99 Nutzen und Chancen der digitalen Welt informiert werden.
- 100 • Zur Prävention von Cybermobbing ist entsprechendes Wissen über die Nutzung neuer
101 Medien notwendig. Medienkompetenz ist für uns allerdings kein eigenes Schulfach,
102 sondern eine Kompetenz, die in allen Schulfächern erlernt werden muss. Cybermobbing
103 findet in erster Linie in Sozialen Netzwerken statt. Deswegen braucht es in diesem Fall
104 eine klare Zuteilung in den Lehrplänen, in welchen Fächern, wann und in welcher Form
105 über Soziale Netzwerke und digitale Kommunikation aufgeklärt wird.
- 106 • Insbesondere beim Thema Cybermobbing setzen wir auf das Prinzip der Peer Education.
107 Dabei werden Schülerinnen und Schüler in dem Bereich geschult, treten als Experten auf
108 und geben ihr Wissen an Mitschülerinnen und Mitschüler weiter.

109 Die Jungen Liberalen rufen alle Schülerinnen und Schüler, alle Lehrkräfte und Eltern auf, das
110 Thema Mobbing bewusster wahrzunehmen, eigene Handlungen im zwischenmenschlichen
111 Umgang auch einmal zu hinterfragen und den gegenseitigen Respekt zwischen Menschen zu
112 stärken. Eine liberale Gesellschaft braucht nicht nur freie, sondern auch verantwortungsvolle
113 Individuen. Mobbing lässt sich nicht ausschließlich mit staatlichen Maßnahmen beseitigen. Es
114 werden ein zivilgesellschaftlicher Wille und mehr Zivilcourage notwendig sein. Deswegen danken
115 und unterstützen wir Initiativen wie "Stoppt Mobbing" und zahlreiche andere, wertvolle
116 Kampagnen, die dieses wichtige Thema aus unterschiedlichsten Perspektiven aufarbeiten.

Achtung: Die Darstellung des gezeigten Antrags erfolgt als reine Vorschau. Verbindlich ist der Antragstext im offiziellen Antragsbuch zum 59. Bundeskongress vom 11. bis 13. Oktober in Oldenburg.